

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 08.04.2010**

öffentlich

Ort:	Stadtmuseum Christian Wolff Haus Große Märkerstraße 10 Sitzungsraum 06108 Halle
Zeit:	16:00 Uhr bis 18.00 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Roland Hildebrandt	CDU	i.V. von Herrn Schachtschneider
Frau Heike Wießner	stimmberechtigtes Mitglied im JHA	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Herr Olaf Neubert	Stadtelternbeirat	i.V. von Frau Anja Pohl
Frau Katja Raab	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	i.V. von Frau Brock ab 16.20 Uhr anwesend
Herr EKHK Ralf Berger	Polizei Halle	
Herr Torsten Bognitz	Caritasverband	
Herr Leonhard Dölle	Jugendwerkstatt Bauhof	
Frau Sabine Franz	Kirchenkreis Halle-Saalkreis	
Frau Beate Gellert	Kinder- und Jugendhaus	
Frau Antje Klotsch		
Herr Uwe Kramer	Villa Jühling	
Herr Philipp Pieloth	Kinder- und Jugendrat	
Frau Helga Schubert	DRK KV	
Frau Dr. Christina Slomka	Arbeitsagentur	i.V. Frau Hackel
Frau Katharina Brederlow	Verw	
Frau Uta Kaupke	Verw	
Frau Petra Schneutzer	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Frau Anja Pohl	Stadtelternbeirat	entschuldigt
Frau Carmen Wiebach	ARGE SGB II	entschuldigt
Frau Inés Brock	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Richter Bruno Glomski	Amtsgericht	entschuldigt
Frau Renate Leonhard	Katholisches Propsteipfarramt	
Herr Max Privorozki	Jüdische Gemeinde zu Halle	
Frau Peggy Rarrasch	Human. RV	
Herr Uwe Steudel	LVWA, Abt.	entschuldigt
Schule und Kultur		
Herr Tobias Kogge	BG	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	Verw	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 04.02.2010 und 04.03.2010
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Investitionsplanung im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus Bundesmitteln für unter 3-Jährige - Krippenausbauprogramm"
Vorlage: V/2010/08649
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten und Mitgliedern der freien Träger der Jugendhilfe
- 6.1. Antrag von Frau Antje Klotsch, stimmberechtigtes Mitglied im JHA zur Zahlungstreue der Stadt Halle im Bereich der Kindertagesstätten und der Hilfen zur Erziehung sichern - Qualität der Arbeit stärken
Vorlage: V/2010/08640
- 7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8. Mitteilungen
- 8.1. Umgang mit dem Kinder- und Jugendschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
- 9. Arbeitsplanung
- 10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 11. Anregungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Frau Hanna Haupt eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.

Da keine Kinder und Jugendlichen sich meldeten, wurde dieser wieder geschlossen und die Sitzung eröffnet.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung fest.

Diese wurde ohne förmliche Abstimmung bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 04.02.2010 und 04.03.2010

Frau Hanna Haupt rief die Niederschrift vom 04.02.2010 auf. Diese wurde ohne Änderungen bestätigt.

Frau Hanna Haupt rief die Niederschrift vom 04.03.2010 auf.

Durch **Herrn Neubert** wurde moniert, dass hier bei TOP 6.3. mit der Vorlage zur Gebührensatzung und nicht – wie erfolgt – mit den Änderungsanträgen begonnen wurde.

Die Verwaltung antwortete, dass im Sitzungsdienst (Session) immer mit dem Hauptpunkt, der Vorlage begonnen wird und nachfolgend als Unterpunkte die Änderungsanträge aufgerufen werden.

Herr Neubert sprach an, dass bei dem Abstimmungsverhältnis der Änderungsanträge einmal 13 und einmal 12 Abstimmungen waren, wie verhält sich das.

Frau Hanna Haupt antwortete, dass dies dadurch entstehen kann, sobald ein Mitglied sich nicht an der Abstimmung mit beteiligt.

Frau Wolff sprach an, dass in der Niederschrift der Antrag von Frau Pohl i.V. des Stadtteilernbeirates noch als solcher ausgewiesen ist. Dieser wurde aber von der Fraktion DIE LINKE übernommen.

Dies wird in der Niederschrift korrigiert.

Herr Neubert merkte an, dass unter TOP 11 – Mündliche Anfragen – die Anfrage des Stadtteilernbeirates (Steb) zum Status des Stadtteilernbeirates nicht mit aufgenommen worden ist. Diese Frage steht nach wie vor.

Die Verwaltung antwortete, dass diese Frage beim Gespräch bei Herrn Kogge, welches mit dem Steb geführt wird, mit eine Rolle spielen wird.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass eine Satzungsänderung erfolgen müsste, da hier noch die Kinderbeauftragte, welche es nicht mehr gibt, mit aufgeführt ist und der Steb diesen Sitz erhalten hat.

Mit der angesprochenen Korrektur wurde die Niederschrift dann ohne förmliche Abstimmung bestätigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Da es am 04.03. durch Abbruch der Sitzung keinen nichtöffentlichen Teil gab, gab es auch keine nichtöffentlichen Beschlüsse.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Investitionsplanung im Rahmen der "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in Kindertageseinrichtungen aus Bundesmitteln für unter 3-Jährige - Krippenausbauprogramm" Vorlage: V/2010/08649

Frau Brederlow sprach an, dass die Mittel hierfür seit 2008 zur Verfügung stehen, aber die Regelung zur Verwendung erst 2009 vom Land vorlag. Es gab Gespräche mit den Trägern und auch Anträge hierzu. Teilweise waren Anträge aus baurechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Die Abklärung aller Punkte und die Zusammenfassung dieser Liste hat einige Zeit benötigt.

Anfrage Frau Wolff, ob die Träger, welche nicht berücksichtigt wurden, informiert worden. Wann und wie wurden die Träger über die Fördermöglichkeiten informiert.

Frau Brederlow antwortete, dass zuerst die Träger informiert worden sind, welche auf der Prioritätenliste stehen. Eine Information erfolgte auch an die Träger, welche in der BEP standen. Das es dieses Programm gibt, ist allen Trägern klar gewesen. Es wurden nicht alle Träger informiert aber in verschiedenen Veranstaltungen darauf hingewiesen. Die Information erfolgte im vergangenen Frühjahr schriftlich.

Anfrage Frau Ute Haupt zu den auf S. 3 oben benannten Träger, welche keine Berücksichtigung finden konnten. Diese erscheinen aber in der Gesamtplanung wieder.

Frau Brederlow antwortete, dass es sich hier um die Prioritätenliste handelt, welche abgearbeitet werden muss.

Frau Schöps ergänzte, dass die Villa Jühling keine Baugenehmigung erhält. Der Träger hat aber neues Objekt an anderem Ort geplant. Dies steht jetzt nicht auf der Liste mit, da es hierzu noch Überlegungen gibt. Beim Clara Zetkin e.V. verhält es sich so, dass hier ein Erbbaupacht -oder Erbbaurechtvertrag vorliegen müsste, was nicht zutrifft. Das Projekt wird aber weiter verfolgt.

Herr Dölle fragte an, welche Unternehmen sich am DELL-KIGA beteiligen.

Frau Schöps antwortete, dass hier die Unternehmen GISA und BUW mitwirken. Es haben mehrere Unternehmen nachgefragt. Der Träger hat eine Bedarfserhebung gemacht, wer sich hier mit beteiligen würde.

Frau Brederlow ergänzte, dass es kein ausgesprochener DELL-KIGA mehr ist. Die Unternehmen beteiligen sich nicht an der Investfinanzierung. Die 180 Plätze werden sicher gestellt.

Anfrage Frau Wießner wenn eine Sanierung einer KITA erfolgte, verschieben sich dann die nachfolgenden Einrichtungen nach oben.

Frau Brederlow antwortete, dass ca. im III. Quartal die Prioritätenliste aktualisiert werden soll. Das Sozialministerium hat vor ca 1 ½ Monaten nochmals angefragt, welche Einrichtungen Sanierungsbedarf haben. Es kann passieren, dass Einrichtungen weiter höher rutschen, als sie derzeit stehen.

Anfrage Frau Wießner zum Stand Rettungswege in KITA's.

Frau Schöps antwortete, dass gegenwärtig eine Liste erarbeitet wird, was wo noch alles erforderlich ist. Mit dem Brand- und Rettungsamt soll auch nochmals angeschaut werden, was noch möglich ist.

Anfrage Frau Schubert, ob sie das richtig verstanden habe, dass die Sicherheit in den KITA's auf Grund fehlender Rettungswege nicht ausreichend gewährleistet ist.

Frau Brederlow bestätigte dies. Wenn die Liste vorliegt, soll auch der JHA darüber informiert und um Positionierung gebeten werden.

Anfrage Frau Wolff zur Jugendwerkstatt Frohe Zukunft, welche beim Krippenausbau unverhältnismäßig viel Mittel erhalten soll. Was ist bei diesem Träger anders als bei den übrigen Trägern.

Frau Brederlow antwortete, dass dieser Träger mehr als 50% der Plätze geplant hat. 10% muss an Eigenanteil gebracht werden, es sollen möglichst wenig Folgekosten entstehen. Dieser Träger leistet eine große Investition und deshalb ist die Fördersumme so ausgelegt.

Anfrage Herr Neubert zu der auf S. 7 ausgewiesenen Anzahl von Mehrplätzen. BEP 2006 gegenüber 2010 macht über 2000 Plätze mehr aus.

Frau Brederlow interpretierte den Satz. Es handelt sich um eine zusätzliche Schaffung von Plätzen. 2006 sollten 500 Plätze innerstädtisch kommen, insgesamt wurden 575 Plätze zur Verfügung gestellt werden. In jeder BEP ist enthalten, dass Plätze geplant sind. Das heißt nicht, dass dies in dem Jahr durch den Träger auch umgesetzt wird.

Herr Neubert sprach an, dass an den Steb herangetragen worden ist, dass nicht ausreichend Plätze zur Verfügung stehen.

Frau Gellert sprach an, dass Sicherheit und Brandschutz mal auf die TO im JHA kommen sollte, da dies seit Jahren ein bestehendes Problem ist. Die Kapazitäten können nicht von heute auf morgen zurück gesetzt werden, da die Anmeldungen vorhanden sind und der Bedarf gegeben ist.

Frau Klotsch sprach an, dass bei vorhandenen Mitteln aus Förderprogrammen die Sicherheit vorrangig berücksichtigt werden sollte, also Mittel dafür erst zur Verfügung gestellt werden sollten. Die Verantwortung liegt bei dem Träger, welcher die Einrichtung betreibt, diese zu schließen. Die Verteilung der Mittel ist so nicht gut.

Frau Brederlow sprach an, dass die Liste jedes Jahr aktualisiert wird. Die Frage ist, wo gibt die Kommune das wenige Geld hin. Der öffentliche Träger ist hier genauso betroffen wie die freien Träger.

Frau Klotsch merkte an, dass von 3 ½ Mio € über 2 Mio € in die Einrichtungen gesteckt werden sollen aber für die Sicherheit hier nichts übrig bleibt.

Frau Schöps antwortete, dass dies nicht mit der Richtlinie kompatibel gemacht werden kann. Nur Rettungswege fällt dort nicht mit drunter. Das muss im JHA als gesonderte Problematik auf den Tisch.

Hinweis Herr Trömel, dass auf S. 3 bei den Halleschen Jugendwerkstätten e.V noch die Betriebskita mit DELL steht, dass muss noch korrigiert werden.

Frau Schubert sprach an, dass der JHA sich positionieren soll, bis wann die Problematik Sicherheitswege erledigt sein soll, dass muss dieses Jahr noch erfolgen.

Frau Hanna Haupt merkte an, dass dies heute nicht auf der TO steht sondern extra thematisiert werden muss.

Frau Klotsch sprach an, dass es darum geht, erst Fahrlässigkeit zu beseitigen bevor von Neubau gesprochen werden soll.

Anregung Herr Neubert, dass Krippen- und KITA-Plätze extra ausgewiesen werden sollten in der Kapazitätsliste. Zum Anderen hätte er gern gewusst, wie die Platzvergabe in den UnternehmensKITA's läuft, da diese sich an den Investitionen ja nicht beteiligen. Sind die Plätze offen für andere Bürger der Stadt.

Frau Brederlow antwortete, dass dem Steb Beispiele für die genannte Platzvergabe zur Verfügung gestellt werden können.

Frau Schubert fragte an, ob es dringend erforderlich ist, über diese Vorlage heute zu befinden oder ob diese vertagt werden kann, da es noch Unklarheiten gibt.

Frau Brederlow sprach an, dass ein Beschluss vom Stadtrat erforderlich ist, welcher im April noch herbei geführt werden soll. Wenn die Frist nicht gewährt wird, verfallen Fördermittel, die dann an andere Kommunen gehen. Das Land fordert einen Mittelabruf und quartalsweise Informationen.

Anfrage Frau Wolff, ob sie das richtig versteht, dass die Prioritäten 2007 festgestellt worden waren, wonach jetzt gehandelt werden soll.

Die Verwaltung bestätigte dies.

Anfrage Herr Neubert, ob das Volumen begrenzt ist.

Die Verwaltung bestätigte dies.

Frau Hanna Haupt schlug vor, erst über die Vorlage abzustimmen und dann über den weiteren Verfahrensweg zur Behandlung der Thematik Sicherheit in den Einrichtungen. Dem wurde nicht widersprochen.

Frau Hanna Haupt rief zur **Abstimmung** auf.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, mit den im Rahmen der o. g. Richtlinie zur Verfügung gestellten Bundesmittel Investitionen der in Anlage 1 aufgeführten Einrichtungen zu fördern.

12 Zustimmungen
0 Ablehnungen
3 Enthaltungen.

Es wurde **einstimmig zugestimmt**.

Frau Hanna Haupt fragte an, wann die Problematik Sicherheit in KITA's auf die TO im JHA gesetzt werden soll.

Frau Wolff fragte an, ob dies bereits am 06. Mai 2010 thematisiert werden könne.

Frau Brederlow stimmte dem zu, die Bedarfsliste wird gegenwärtig zusammen gestellt und kann bis dahin vorgelegt werden.

Frau Hanna Haupt stellte fest, dass dies auf die TO des JHA am 06. Mai 2010 aufgenommen wird.

Anfrage Herr Kramer, ob es neue Zahlen hierzu gibt, da die Liste ja etwas älter ist.

Frau Schöps antwortete, dass dies z.Zt. aktualisiert und abgefragt wird.

Frau Gellert sprach an, dass es wichtig ist, den Top Sicherheit in Einrichtungen zu behandeln. Sie sprach an, dass die meisten Einrichtungen, die das betrifft, noch aus DDR-Zeiten sind und hier wenig

Spielraum besteht. Diese Einrichtungen haben 2 Etagen, der obere Bereich hat keinen Rettungsweg. Die Richtlinien der Feuerwehr hierfür sind immer strenger geworden. Wichtig ist, dass es öffentlich diskutiert wird.

Frau Raab hält es für unrealistisch, zu denken, dass die Problematik bis Ende diesen Jahres erledigt sein könnte. Im Bildungsausschuss wird ähnlich zu den Schulen diskutiert, da sind die Probleme nicht anders gelagert. Das Thema ist wichtig, aber eine Lösung bis Ende 2010 kaum möglich.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten und Mitgliedern der freien Träger der Jugendhilfe

zu 6.1 Antrag von Frau Antje Klotsch, stimmberechtigtes Mitglied im JHA zur Zahlungstreue der Stadt Halle im Bereich der Kindertagesstätten und der Hilfen zur Erziehung sichern - Qualität der Arbeit stärken Vorlage: V/2010/08640

Frau Hanna Haupt erteilte der Antragstellerin das Wort. Sie wies darauf hin, dass heute von der Verwaltung eine Antwort zum Antrag verteilt worden ist.

Frau Klotsch sprach an, dass ihr Antrag nicht nur aus den Irrungen des vergangenen Jahres hierzu sondern der wiederkehrenden Problematik seit Jahren geschuldet ist. Es geht darum, dass Rechnungen fristgerecht bezahlt werden müssen. Hiermit soll die Verwaltung verpflichtet werden, quartalsmäßig Auskunft über den Stand der Rechnungsbezahlung geben. Der Stadtrat ist nicht zuständig für die Rechnungsanweisung sondern die Verwaltung hat dies zu gewährleisten. Der Stadtrat entscheidet über die Mittel, welche zur Verfügung stehen im Haushalt aber nicht über die Mittelfreigabe. Ein gewisses Verständnis von ihr liegt dafür vor, dass eine rückwirkende Berichterstattung hierzu schwierig ist. Aber zukünftig sollte dies möglich sein. Jedes Jahr wurde zugesagt, dass es nicht mehr vorkommt und jedes Jahr war das Problem wieder da.

Frau Brederlow sprach an, dass es um mehrere Dinge bei dem Antrag geht. Wer kann den Appell an die Oberbürgermeisterin kontrollieren? Das kann nur der Stadtrat. Die Antwort hierzu sollte als Anregung zur Orientierung verstanden werden. Eine rückwirkende Berichterstattung im HzE-Bereich ist sehr schwierig. Für das i. Quartal 2010 wäre dies möglich. Für den KITA-Bereich wäre es für 2009 auch möglich. Es wird eine Arbeitsgruppe unter Federführung des Rechnungsprüfungsamtes geben, welche sich nicht nur mit dem Jugendamt sondern auch anderen Bereichen diesbezüglich beschäftigen wird.

Frau Wolff sprach an, dass die Antwort der Verwaltung widersprüchlich ist. Controlling nicht über Stadtrat aber über Finanzausschuss könnte erfolgen.
Was meint Frau Klotsch mit dem Appell an die OB, welche Folgen soll dies haben?

Frau Klotsch antwortete, dass die OB nicht angewiesen werden kann also war es als Appell gedacht, dass diese in der Verwaltung erwirkt, dass die Rechnungen zeitnah bezahlt werden.

Frau Wießner sprach an, dass die Träger auch ihre Leistungen darstellen müssten, die sie bezahlt haben wollen.

Frau Klotsch sprach an, dass im JHA verfolgt werden soll, wie viel ist nicht gezahlt worden. Wie viel Träger betrifft dies (anonymisiert). Dann hat der JHA eine Vorstellung, über welche Dimensionen gesprochen wird. Klar ist, dass dies nicht nur ein Problem der Stadt Halle sondern auch in vielen anderen Kommunen ist, die EU beschäftigt sich derzeit mit der Problematik.

Frau Wießner wiederholte ihr Anliegen, hier auch abzufordern, dass die Trägerleistungen dargestellt werden.

Frau Klotsch sah dies nicht als Problem an, dies umzusetzen.

Frau Hanna Haupt sprach die im Pkt. 4 geforderte Zeitschiene an. Ist den Mitgliedern klar, dass dies bedeutet, dass sich der JHA vierteljährlich mit dieser Problematik beschäftigt. Wären hier nicht 2x jährlich ausreichend.

Frau Brederlow machte deutlich, dass es ein personelles Problem für die Verwaltung wäre, dies ¼ jährlich für den HzE-Bereich vorzulegen. Dies ist mit dem zur Verfügung stehenden Personal kaum leistbar. Für den KITA-Bereich ist das weniger ein Problem, das wäre umsetzbar.

Herr Neubert sprach an, dass deutlich wird, dass jährlich ca. 10% Haushaltsdefizit im KITA-Bereich vorhanden sind, wenn die Rechnungen Ende des Jahres nicht mehr bezahlt werden können. Wenn Rechnungen von 2009 jetzt in 2010 bezahlt wurden, ist bereits jetzt absehbar, dass die Mittel Ende des Jahres wieder nicht vorhanden sein werden. Dann muss die Haushaltsplanung hier realistischer zukünftig ablaufen, damit dies nicht wieder vorkommen kann.

Herr Hopfgarten sprach an, dass die Problematik klar ist. Der Aufwand, welcher hierzu jetzt betrieben werden soll, ist so nicht gerechtfertigt.

Herr Paulsen äußerte sich dahingehend, dass es um Leistungsdefizite der Stadt geht. Der Aufwand könnte gedeckelt werden. Der Stadtrat ist hierfür nicht zuständig. Über den Antrag kann abgestimmt werden.

Frau Schubert sprach an, dass, wenn die Rechnungen nicht bezahlt werden, die Löhne nicht gezahlt werden können. Dann ist der Träger als Arbeitgeber schon unmoralisch. Es geht um Leistungsrechnungen, die bezahlt werden müssen.

Herr Trömel sprach an, dass davon auszugehen ist, dass es einen Nachtragshaushalt geben wird. Es ist schwierig, nachzuvollziehen, wie die Zahlungsströme erfolgen. Es sollte über den vorliegenden Antrag abgestimmt werden. Wenn es personell im HZE-Bereich 1/4jährlich nicht möglich ist, sollte dies zumindest halbjährlich erfolgen.

Anfrage Herr Hildebrandt zur Thematik Überarbeitung der Richtlinie zur Finanzierung KITA. Dort könnte dies doch mit aufgenommen werden. Die Thematik könnte auch in der gegründeten Arbeitsgruppe thematisiert werden.

Frau Brederlow antwortete, dass diese Arbeitsgruppe sich nicht nur mit unserem Amt sondern mit anderen Bereichen ebenfalls beschäftigen wird. Dezernat IV und Dezernat I sind hier mit beteiligt, die Federführung liegt beim Rechnungsprüfungsamt.

Herr Hildebrandt stellte einen Änderungsantrag zur Ergänzung im Punkt 4, dass die Träger ihre Leistungen mit darzustellen haben. (Anmerkung: Dieser wurde im Sitzungsverlauf wieder zurück gezogen).

Frau Wolff sprach an, dass es eine Vereinbarung zur Ratenzahlung gab, an welche sich die Verwaltung nicht gehalten hat. Erst nach über zwei Monaten wurde die Leistung bezahlt. Es soll eine Darstellung erfolgen, wie hoch diese Zahlungen waren.

Frau Brederlow antwortete, dass der gestellte Änderungsantrag von Herrn Hildebrandt, welcher der Bitte von Frau Wießner entsprach, nicht notwendig ist. Über die Qualität der Leistungserbringung kann gesprochen werden aber nicht über die einzelnen Leistungen, das würde den Rahmen sprengen.

Frau Raab sprach an, dass eins deutlich wird, mit den Anträgen und Aufträgen an die Verwaltung wird die Verwaltung immer mehr beschäftigt. Anliegen ihrer Fraktion ist es, Verwaltung zu schrumpfen. Sie appelliert an Alle, den Effektivitätsgedanken hierbei im Auge zu behalten. Mit dem 1. Beschlusspunkt kann sie leben, mit den übrigen nicht.

Herr Bognitz sprach an, dass über unstrittige Zahlungsforderungen gesprochen werden muss. Herr Kogge hat Anfang diesen Jahres eine Panne eingeräumt. Anliegen im Antrag ist es, zukünftig ein Controlling über den Stand der Rechnungen zu haben. Die Geschäftsführer der freien Träger sind verantwortlich für die Zahlung der Gehälter, der SV-Beiträge und der abzuführenden Steuern. Die

Geschäftsführer machen sich strafbar, wenn sie dies nicht gewährleisten. Es geht um die Einhaltung von Vereinbarungen.

Frau Raab brachte zum Ausdruck, dass eine 1/4jährliche Berichterstattung nicht gewährleisten kann, dass die Probleme nicht mehr bestehen. Hier sollte realistischer der Stadtrat mit den tatsächlich im Jahr benötigten HH-Mitteln informiert werden.

Frau Gellert sprach an, dass die Stadt Halle unmoralisch ist. Im Wirtschaftsbereich gab es schon durch die Nichtzahlungsfähigkeit der Stadt Insolvenzen. Dieser Antrag ist als Controlling gedacht und könnte für ca. 2 Jahre erst mal erfolgen. Darüber hinaus sollte man sich im JHA auch über Leistungs- und Qualitätsstandards unterhalten. Billiganbieter sind nicht unbedingt das, was Qualität gewährleistet. Dies sollte im Themenspeicher mit aufgenommen werden und gesondert evtl. in einer Klausur eine Rolle spielen.

Die Verwaltung sagte die Aufnahme im Themenspeicher zu.

Herr Hildebrandt zog seinen gestellten Änderungsantrag zurück.

Es erfolgte eine kurze Diskussion zur Sinnhaftigkeit der terminlichen Berichterstattung (im Punkt 4) und Kürzung auf 2x jährlich zur Behandlung im JHA.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung der einzelnen Beschlusspunkte auf.

Zu 1.: Beschlussvorschlag

1. An die Oberbürgermeisterin wird appelliert, künftig regelmäßig eine vertragsgetreue Begleichung der Rechnungen für erbrachte Leistungen in den Bereichen Kindertagesstätten gemäß KiFöG LSA und erzieherische Hilfen gemäß SGB VIII zu sichern.

einstimmig zugestimmt

Zu 2.: Beschlussvorschlag:

Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie legt zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses schriftlich eine Auflistung der per 31. 12. 2008 und per 31. 12. 2009 nicht fristgerecht beglichenen Rechnungen vor - geordnet nach Träger (anonymisiert) /Leistungsbereich, Verzugszeit (in Tagen), Verzugshöhe, Verzugszinsen , entsprechende Durchschnittswerte sind auszuweisen.

Die Antragstellerin zog diesen Punkt zurück.

Zu 3.: Beschlussvorschlag:

Der Fachbereich legt zugleich schriftlich eine rechtliche Würdigung der potentiellen Folgen des Zahlungsverzuges für die Stadt Halle aber auch für die gemeinnützigen Leistungserbringer vor und stellt dar, welche Maßnahmen zur Verbesserung des Forderungsmanagements ergriffen werden.

mehrheitlich zugestimmt mit Enthaltungen

Zu 4.

Frau Hanna Haupt stellte den Änderungsantrag statt „4mal jährlich“ 2x jährlich und zwar im II. und IV. Quartal, aufzunehmen.

Abstimmung zum Änderungsantrag von Hanna Haupt:

4	Zustimmungen
11	Ablehnungen
0	Enthaltungen

Der Änderungsantrag wurde **mehrheitlich abgelehnt**.

Frau Hanna Haupt rief zur Abstimmung des Beschlusspunktes 4. auf:

Zu 4. Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss als Verantwortungsträger befasst sich viermal jährlich mit der Verbesserung der Zahlungsmoral für die genannten Leistungen.

Dem Ausschuss ist hierzu *in jeder zweiten Sitzung nach einem Quartalsende* eine Auflistung aller zu spät beglichenen Rechnungen geordnet nach Träger (anonymisiert) /Leistungsbereich, Verzugszeit, Verzugshöhe, Verzugszinsen vorzulegen, entsprechende Durchschnittswerte sind auszuweisen.

10	Zustimmungen
5	Ablehnungen
0	Enthaltungen

Es wurde **mehrheitlich zugestimmt**.

Nachfrage von Frau Gellert zum Antrag von Hanna Haupt aus letzter Sitzung.

Frau Hanna Haupt antwortete, dass dies durch die Verwaltung geprüft wird, der JHA ist hierfür nicht zuständig.

Frau Brederlow ergänzte, dass es einen Termin mit der IG KITA gibt, zu welchem das eine Rolle spielen wird.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es liegen keine vor.

zu 8 Mitteilungen

Frau Hanna Haupt sprach an, dass nach der letzten Sitzung Frau Rarrasch eine Frage an sie gerichtet hatte. Im Sitzungsraum war ein Fernsehteam anwesend. Die Frage war, inwieweit Film- und Tonaufnahmen zulässig sind. Diese Frage hat sie an das Rechtsamt weiter gegeben. Da heute Frau Rarrasch nicht anwesend ist, wird sie die Antwort des Rechtsamtes in der nächsten Sitzung verlesen.

zu 8.1 Umgang mit dem Kinder- und Jugendschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt

Frau Brederlow informierte, dass durch das Land ein Gesetz zur Verbesserung des Schutzes von Kindern, GVBL LSA Nr. 24/2009 erlassen worden ist. Dies verpflichtet zur Gründung von Netzwerken, hierzu laufen gegenwärtig die Abstimmungen auch mit anderen Ämtern.

Sicher erst im Juni ist ein Erfahrungsaustausch einzelner Kommunen geplant. Es gibt ein Zentrum für frühe Hilfen im LSA, es wird momentan erfasst, was alles im LSA vorhanden ist.

Sie wird regelmäßig im JHA über den Stand informieren.

Die o.g. GVBL wird der Niederschrift angehängen.

zu 9 Arbeitsplanung

Frau Brederlow informierte über die angedachte TO im Mai (siehe Themenspeicher).

Frau Klotsch sprach an, dass es die Festlegung gab, dass die Arbeitsplanung als Themenspeicher in jeder Sitzung mitgeführt wird (Anhang Niederschrift).

Dies ist auch als Controlling gedacht, um zu erfassen, was abgearbeitet oder unerledigt ist.

Die Verwaltung sagte dies zu.

zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Gellert fragte an, wie es mit dem Fachkräfteprogramm weiter gehen wird. Wann wird darüber befunden.

Frau Brederlow antwortete, dass dies für die Zeitplanung im UA Jugendhilfeplanung Mai vorgesehen ist. Momentan liegen noch keine Infos vor, wie es weiter laufen soll.

Wenn dies klar ist und den UA durchlaufen hat, wird spätestens nach der Sommerpause im JHA darüber informiert.

Anfrage Herr Dölle zum Fachkräfteprogramm

1. Wenn Reduzierung erfolgt, wie soll es weiter laufen
2. Eine Übersicht zu den erfolgten Abschlagszahlungen wird erbeten

Frau Brederlow sagte ihm eine Übersicht zu.

Sie sagte zu, dass bei Änderungen, die Träger informiert werden.

Frau Ute Haupt sprach an, dass ihre Anfragen aus letzter Sitzung beantwortet worden sind. Offen ist noch die Frage nach der Studie Bertelsmannstiftung.

Frau Brederlow antwortete, dass hierzu nichts bekannt ist. Was ist gemeint.

Frau Ute Haupt antwortete, dass sie erfahren hat, dass es eine Studie dieser Stiftung geben soll, u.a. auch zur Nichttarifgerechten Bezahlung von Erzieherinnen.

Frau Ute Haupt sprach die offenstehende Problematik „Bolzplatz“ an. Sie hat erfahren, dass das Angebot der WG für andere Fläche wurde zurück gezogen. Die IG Bolzplatz will weitermachen. Sie bittet darum, dass dies in der Sozialraumplanungsgruppe mit ein Thema ist und die IG unterstützt wird.

Anfrage von Frau Ute Haupt zum Jugendclub „GIMMI“, soll die Einrichtung völlig geschlossen werden, da bereits die PC abgezogen worden sind.

Frau Brederlow bejahte dies. Es handelt sich um eine Einsparung im freiwilligen Bereich. Die Mitarbeiterin Frau Ehrh wird dringend im Bereich Umsetzung Kinder- und Jugendschutz benötigt.

Anfrage Frau Ute Haupt, ob hierzu bereits mit den betroffenen Jugendlichen gesprochen worden ist. Im nächsten JHA wird um eine Information zum Stand gebeten.

Frau Brederlow antwortete, dass dies noch erfolgt.

Anregung Frau Wolff, wenn Verwaltung vorhat, Einrichtung zu schließen, sollte auch im JHA darüber informiert werden.

Anfrage von Herrn Paulsen, ob es Neuigkeiten zu den Betriebskosten beim Tagesstättenausbaugesetz (TAG) gibt.

Frau Brederlow antwortete, dass hier noch Antwort vom Ministerium aussteht. Sobald diese vorliegt, erhält diese Frau Brock.

Frau Wolff fragte an, inwieweit Tonbandaufzeichnungen zur Sitzung im JHA möglich sind. Es gab hierzu eine Anfrage inwieweit Tonbandaufzeichnungen bei Sitzungen der Ausschüsse möglich sind. Dies wurde positiv beantwortet, als Ausnahme wurde aber der JHA benannt. Wieso ist dies hier nicht möglich. Dies wäre auch für die Protokollführerin erleichternd.

Die Verwaltung sagte eine Prüfung zu.

Anfrage von Herrn Neubert zu fehlerhaften Berechnungen in den Bescheiden zur KITA-Ermässigung. Ist dieser Fehler bereinigt worden und wie wird hiermit umgegangen; wie erfolgt die Korrektur und Nachzahlung hierzu.

Frau Brederlow antwortete, dass der Fehler behoben worden ist. Die 2. Frage wird geprüft .

Frau Klotsch fragte an, wann wieder die Berichterstattung zu HzE erfolgt. Hier gab es die Absprache, dass quartalsweise eine Berichterstattung erfolgt. Dies ist seit längerer Zeit nicht erfolgt.

Frau Brederlow antwortete, dass dies zukünftig wieder erfolgen wird. Im zugestimmten Antrag von Frau Klotsch ist dies ja mit enthalten.

zu 11 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke

Protokollführerin